

AEGIS (AktivesEigenesGesundesImmun-System)-Österreich

fordert die Abgeordneten im Österreichischen Parlament auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die laufenden Aktivitäten der Volksanwaltschaft zu einem indirekten Impfwang durch Kürzung des Kinderbetreuungsgeldes zu stoppen:

Weitere Informationen: siehe www.aegis.at

=====

Zwangsimpfungen stoppen! Volksanwaltschaft stoppen! Unabhängige Impfaufklärung gefordert!

Sehr geehrte SPÖ-Klubvorsitzende Frau Dr.in Pamela Rendi-Wagner, (oder Name eines Parlamentsabgeordneten, siehe Mailadressen unten),

dieses Frühjahr wurde wieder mit dem Schüren von Angst und schlimmer noch von Schuldgefühlen, die Werbetrommel für die Pharmaindustrie gerührt und die **öffentliche Diskussion zum Impftema auf Grundlage von Falschinformationen** angeheizt.

Eine ganz üble Position in dieser Sache nimmt Volksanwalt Dr. Kräuter ein, der Stimmung macht und anregt, Müttern und Vätern die sich eingehend mit der Impfthematik auseinandergesetzt und sich gegen eine Impfung laut Impfplan an ihrem Säugling und Kleinkind ausgesprochen haben, das Kinderbetreuungsgeld zu kürzen (ORF-Sendung BÜRGERANWALT). Ein „Impfgipfel für einheitlichen Schutz“ wird am 26.02.2019 auf der Homepage angekündigt

- Dr. Kräuter entpuppt sich damit als Industrieanwalt und Handlager einer Regierung, die die Einführung einer Impfpflicht in Österreich vorbereitet.
- Wir, die wir an der Basis im Gesundheitswesen tätig sind und waren (Ärzte, Homöopathen, Hebammen, Krankenschwestern, Pflegepersonal, Gesundheitsberater, Heilpraktiker, Mütter, Väter, Omas, Selbsthilfegruppen, Vereine....) und so viele krankgemachte Kinder und verzweifelte Lebenssituationen unter Mitbeteiligung dieser völlig ausufernden Kleinkind-Impfpraxis der letzten zwanzig-dreißig Jahre miterleben mussten, sind dreifach –medizinisch, rechtlich und gesundheitspolitisch- geschockt über so viel Unverfrorenheit.
- Ein derartiges rechts- und verfassungswidriges Bemühen eines Volksanwaltes muss jedenfalls sofort gestoppt werden!
- Wenn die Volksanwaltschaft etwas beitragen kann dann damit, dass sie Erhebungen und Kontrollen durchführt, denn impfende Ärzte wären verpflichtet umfassend über Risiken und Nebenwirkungen einer Impfung aufzuklären und daraufhin die eindeutige Zustimmung des Erziehungsberechtigten einzuholen. Das geschieht unserer Erfahrung Abgeordneten nicht aufzuklären und unabhängig zu beraten.)

Im Hinblick auf die Aussagen des renommierten Verfassungsrechtlers Prof. Rüdiger Zuck* (Zuck R. MedR 2017, S. 85 - 91.) fordern wir Sie als Klubvorsitzende der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, Bundesparteivorsitzende der SPÖ, Ärztin und Mitglied des nationalen Impfgremiums, Mutter und Mensch auf, Maßnahmen zu ergreifen, um eine Bestrafung von mündigen Eltern durch Kindergeldkürzung bei Ablehnung einer Impfung am Säugling und Kleinkind zu verhindern.

*In der juristischen Fachzeitschrift Medizinrecht setzt sich der renommierte Verfassungsrechtler Prof. Rüdiger Zuck mit der Impfpflicht für die Masernimpfung auseinander (Zuck 2017) und kommt zu für die STIKO und das RKI verheerenden juristischen Schlussfolgerungen. Zuck betont in dem Artikel das grundgesetzlich garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit, in das die Impfung eingreife - dieser Grundrechtsschutz des Impflings werde von der STIKO vernachlässigt. Die für die Impfentscheidung erforderliche Abwägung des Betroffenen(!) setze eine vollständige Information auch über die mit der Impfung verbundenen Risiken voraus, die STIKO habe hier eine "gesetzliche Informationspflicht", der sie in "verfassungswidriger Weise nicht gerecht" werde. Die STIKO-Empfehlungen seien mit ihrem Fokus auf Krankheitselimination insgesamt "gesundheitspolitiklastig" unter "Vernachlässigung der Folgen der Impfung für die Betroffenen". Indem hier Impffolgen ausgeklammert und relativiert würden und nicht auf die Tatsache hingewiesen werde,

dass Nebenwirkungen der Impfstoffe (hier des MMR-Impfstoffs) *"in großem Umfang unaufgeklärt"* seien, seien die STIKO-Empfehlungen *"lückenhaft"* und *"in erheblichem Umfang nicht sachgerecht"*.

Wir fordern:

- Überprüfung der bereits laufenden Bemühungen der Volksanwaltschaft, auf Unabhängigkeit und Einhaltung der Vorgaben durch Bundesverfassung und Volksanwaltschaftsgesetz. Weiters um Überprüfung, ob diese Bestrebungen der Volksanwaltschaft in Einklang mit dem Nürnberger Kodex und den Menschenrechten zu bringen sind
- Abschaffung bzw. Verbot weiterer Förderung von GlaxoSmithKline, anderen Impfstoffherstellern und der Apothekerkammern durch Besteuerung öffentlicher Gelder für diverse Impfkationen (Meningokokken, Pneumokokken,) und deren Bewerbung in öffentlichen Medien
- Ergreifen und fördern von unabhängigen Aufklärungsmaßnahmen an Universitäten und Ausbildungseinrichtungen des Gesundheitswesens, beim Bundesheer und jeder anderen öffentlichen oder politischen Einrichtung um damit dem hier oft bestehenden „indirekten Impfzwang“, sowie den „Bedrängungen“ in Spielgruppen, Kindergärten und Schulen entgegenzuwirken
- Überprüfung, ob Österreich in verfassungskonformer Weise der gesetzlichen Informationspflicht bei Verabreichung von empfohlenen Impfstoffen laut Impfplan gerecht wird
- Einrichtung eines unabhängigen effektiven Impfschadenerfassungssystems (VAER) zur Kontrolle der Impfsicherheit
- Gewährleistung der absoluten Wahlfreiheit bei Impfungen
- Einführung des Vorsorgeprinzips bei Impfungen
- Finanzielle Unterstützung und Mitspracherecht vor (Gesetzes-)änderungen von Impfbetroffenen- und Impfgeschädigtenorganisationen (z.B. AEGIS-Österreich)

Wir zählen auf Ihre Unterstützung und Mitwirkung!

Bitte informieren Sie uns, welche Schritte Sie in diese Richtung unternommen haben und unternommen werden.

Mit freundlichen Grüßen,

(Unterschrift/Name)

Bitte mitmachen!

Wer einen ähnlichen Brief an Abgeordnete schicken will, hier einige Mailadressen von Nationalratsabgeordneten der Oppositionsparteien:

pamela.rendi-wagner@parlament.gv.at (Dr.in, SPÖ-Klubvorsitzende)

beate.meinl@neos.eu (Mag., NEOS-Abgeordnete)

stephanie.cox@parlament.gv.at (Liste JETZT-Abgeordnete)

claudia.gamon@neos.eu (Mag., NEOS-Abgeordnete)

joerg.leichtfried@spoe.at (Mag., SPÖ-Abgeordneter)

gerald.loacker@parlament.gv.at (Mag., NEOS-Abgeordneter)

Klubobleute im Nationalrat:

august.woeginger@parlament.gv.at

pamela.rendi-wagner@parlament.gv.at

walter.rosenkranz@fpoe.at

beate.meinl@neos.eu

bruno.rossmann@parlament.gv.at

Weitere Abgeordnete siehe <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/AKT/>

Regierungsmitglieder

kabhbk@bka.gv.at

elisabeth.koestinger@bmnt.gv.at

Weitere Regierungsmitglieder siehe <https://www.parlament.gv.at/WWER/BREG/>